

69 | 25.05.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den vergangenen zwei Jahren ist es für uns alle (fast) zur Selbstverständlichkeit geworden, uns in Videokonferenzen zu treffen. Auch die Sitzungen unserer Ratsgremien fanden seither weitestgehend in hybrider Form statt – ein Teil der Abgeordneten war vor Ort anwesend, ein Teil (während der Lockdowns sogar der größere Teil) war per Video zugeschaltet. Mit der Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt wird es auch künftig möglich sein, Gremiensitzungen in hybrider Form anzubieten.

Eine interessante Lektüre und ein schönes langes Wochenende wünscht

Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Lan Kulit

Aus der Ratsversammlung

Nachdem der Niedersächsische Landtag Ende vergangenen Jahres durch eine Änderung der Kommunalverfassung (NKomVG) die Möglichkeit hybrider Sitzungen der kommunalen Vertretungen (Räte, Kreistage und Regionsversammlung) und deren Gremien auch außerhalb einer pandemischen Lage eröffnet hatte, haben wir nun auch für den Rat unserer Stadt diese Möglichkeit ergriffen. Dafür haben wir in der Ratsversammlung am vergangenen Donnerstag (19.05.) eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung beschlossen.



Damit wird es künftig Abgeordneten möglich, auch in bestimmten persönlichen Situationen an Sitzungen virtuell teilzunehmen. Dazu zählen beispielsweise Krankheit, Elternschaft oder die Pflege von Angehörigen. Insofern leistet die Änderung einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt.

Seniorenbeirat und Senior*innenplan

Alle fünf Jahre wird auch der Seniorenbeirat gewählt, die offizielle, parteipolitisch und konfessionell neutrale Vertretung der über 60-Jährigen in unserer Stadt. Wegen der Corona-Pandemie war die Wahl im vergangenen Jahr auf Wunsch des Beirates auf Anfang dieses Jahres verschoben worden, und 27,6

Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung im Alter ab 60 Jahren nutzte diese Möglichkeit.

Die 190 Delegierten, die aus dieser Wahl hervorgingen, wählten im April den 13-köpfigen Beirat, der sich am 12. Mai konstituierte. Aus seiner Mitte wählte der Seniorenbeirat Dr. Cornelia Goesmann, die in der Delegiertenwahl die meisten Einzelstimmen erhalten hatte, zu seiner Vorsitzenden. Ihre Stellvertreter wurden Detlev Sprenz und Friedo Weh. Wir gratulieren und freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Um die Arbeit für und mit Senior*innen besser bekannt zu machen, haben wir eine <u>An-</u> hörung zum Senior*innenplan Die Vorsitzende des Seniorenbeirats, Cornelia Goesmann, mit ihren Stellvertretern Detlev Sprenz und Friedo Weh (r.) nach ihrer Wahl.

beantragt. Zugleich erhoffen wir uns davon eine Diskussion über die darin niedergelegten Vorhaben der Stadtverwaltung auf diesem Gebiet. Der <u>Senior*innenplan</u> war in einem breit aufgestellten Beteiligungsverfahren entwickelt worden, um die Ideen zahlreicher Akteur*innen und Netzwerke für die Arbeit mit alten Menschen in dieses Arbeitsprogramm einfließen zu lassen.

Fortschreibung des Bäderkonzeptes

Vor acht Jahren hatten wir mit dem <u>Bäderkonzept</u> einen umfassenden Plan für die Entwicklung und Sanierung der Bäder in unserer Stadt beschlossen. Etliche der darin vorgesehenen Maßnahmen werden in den kommenden Jahren umgesetzt werden, sodass nun eine <u>Fortschreibung des Bädersanierungskonzeptes</u> vorgelegt worden ist. Waren für diese Maßnahmen ursprünglich 13 Millionen Euro vorgesehen, so hat der Mittelbedarf sich hierfür inzwischen um nahezu um die Hälfte auf 21 Millionen Euro erhöht.

Infolgedessen werden einige Sanierungen und Neubauten verschoben werden müssen. Um abzusichern, dass das Anderter Bad und das Stöckener Bad auch künftig betrieben werden, haben wir in unserer Fraktionssitzung am 17. Mai beschlossen, dass die Planungen für das neue Bad in Anderten rechtzeitig vor dessen Abriss beginnen und somit das Anderter Bad ohne Unterbrechung nutzen zu können. Für das Stöckener Bad soll die Verwaltung einen Neubau in Erwägung ziehen, da die Erfahrungen beim Misburger und Fössebad zeigen, dass dies die kostengünstigere Alternative sein könnten. – Dieser Antrag liegt nun unserem grünen Koalitionspartner zur Beratung vor.

Unterstützung der Schausteller*innen

Nachdem zwei Jahre lang Volksfeste und ähnliche Vergnügungen kaum möglich waren, ist mit dem Frühlingsfest im April diese "Dürreperiode" zu Ende gegangen. Sollte es in den nächsten Monaten nochmals pandemiebedingte Einschränkungen geben, soll die Verwaltung erneut Unterstützungsmaßnahmen für Schausteller*innen ergreifen. In der Innenstadt, am Maschsee und an der Lister Meile kleinere volksfestähnliche Veranstaltungen ermöglicht werden, wie es sie mit dem "Sommertreiben in der City" und dem "Herbstvergnügen" in den letzten beiden Jahren auf unseren Antrag gegeben hat. Auch diesmal ging die Initiative dazu von unserer Fraktion aus; sie fand im Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten am 12. Mai einstimmige Zustimmung.

Unterstützung bei der 24-Stunden-Demo

Vor einer Woche demonstrierten Beamt*innen 24 Stunden am Niedersächsischen Landtag. Unter dem Motto "Wahltag ist Zahltag" hatte die Gewerkschaft ver.di dazu aufgerufen, um im Vorfeld der Landtagswahl am 9. Oktober ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dazu gehören unter anderen die Wiedereinführung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamt*innen, die Erhöhung der Zulagen für ungünstige Dienstzeiten und die Novellierung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes. All dies wird vor allem von Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) blockiert. Unser personalpolitischer Sprecher Bruno Gill sicherte den Landesbeamt*innen die Solidarität unserer Fraktion zu.



Der Vorsitzende der ver.di-Bundesfachgruppe Feuerwehr, Mario Kraatz, mit unserem personalpolitischen Sprecher Bruno Gill am 18. Mai am Platz der Göttinger Sieben.

Aufruf zum Stadtradeln

Die Aktion Stadtradeln finden in unserer Stadt und Region in diesem Jahr vom kommenden Sonntag, dem 29. Mai, bis zum 18. Juni statt. In diesen drei Wochen radeln viele Menschen Tausende Kilometer und demonstrieren damit, welchen Wert der Radverkehr in ihrer Region hat.



Wir haben dazu das Team "SPD Hannover" gebildet, unter anderem um zu zeigen, dass der Radverkehr auch für uns als Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielt. Wenn Du in unserem Team mitradeln willst, melde Dich beim <u>Stadtradeln</u> an und wähl als Dein Team die "SPD Hannover" aus.

Stellenausschreibung

Wir suchen zum 15. November 2022 eine*n

Referent*in für Jugend und Familie, Schule und Bildung

als Elternzeitvertretung, befristet bis zum 26. Oktober 2023.

Wir bieten eine vielseitige und interessante Tätigkeit, die die Beratung der Fraktion in Fragen von Jugend und Familie, Schule und Bildung umfasst. Hierzu gehört u. a. die Vorbereitung von Sitzungen der Arbeitsgruppen, von Anfragen und Anträgen, inhaltliche Recherche und die Analyse von Verwaltungsdrucksachen. Eine kooperative Zusammenarbeit mit der Verwaltung ist hierzu erforderlich.

Wir suchen eine*n politisch engagierte*n Bewerber*in mit Hochschulabschluss gesellschaftswissenschaftlicher oder vergleichbarer Ausrichtung. Erfahrungen im Bereich der Kommunalpolitik wären von Vorteil, die Identifikation mit den Werten und Zielen der Sozialdemokratie wird vorausgesetzt. Infrage kommen auch besonders qualifizierte, mit der Arbeit der Kommunalverwaltung vertraute Bewerber*innen.

Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe TVöD 11. Die Stelle ist mit 25 Stunden in Teilzeit eingerichtet.

Für Rückfragen stehen wir unter Tel. 05 11-16 84 55 29 zur Verfügung.

Bewerbungen sind **bis zum 18. Juni 2022** zu richten an die SPD-Ratsfraktion, Friedrichswall 15, 30159 Hannover, oder per <u>E-Mail</u> einzureichen.

Eine Stadt für alle.





